

Kamener Zeitung

Allgemeines Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einpaltigen Diamant-
zeile 2,40 Mark, bei lokalen Anzeigen 2,- Mark. Die Anzei-
gen werden in der Kamener Zeitung und in der Märkischen Zeitung
veröffentlicht. Für die Redaktion verantwortlich
G. M. D. S. Kamen.

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Versicherung
nach Maßgabe der kassenrechtlichen Bestimmungen. Erscheint
täglich, monatlicher Beitrag 100 Mark, durch die Post
bezogen monatlich 120 Mark. Falls man in der Kamener
Zeitung oder in der Märkischen Zeitung einen Unfall
erleidet, wird der Versicherungsbetrag von 1000 Mark
ausbezahlt. Die Beiträge werden in der Kamener
Zeitung oder in der Märkischen Zeitung entrichtet.

Nr. 213

Montag, den 11. September 1922

50. Jahrgang.

Reichspräsident Ebert über Oberschlesien.

(TU) Zugunsten des deutschgebliebenen Ober-
schlesiens hatte der Reichspräsident am
Sonntag in der Reichshaus in Berlin
eine Feier veranstaltet, an der die Vertreter
aller Staats- und Reichsbehörden teilnahmen.
Nach den musikalischen Darbietungen nahm
Reichspräsident Ebert das Wort: Wir
denken an die Oberschlesier, die das Land, das
das Wahrzeichen deutscher Kultur und deut-
scher Geistes fest eingegliedert in das politische und
nationalen Leben des Reiches, gebend und neh-
mend, aufblühte, das aus tausend Wunden blut-
end, von Kriegen und Entfällen heimgesucht,
von fremden Mächten entzogen wurde. Wertvolle Teile dieses Landes mußten
wir hingeben und sehen, wie eine neue
Grenze durch dieses unteilbare Gebiet gezogen
wurde. Ein unteilbares Ganzes, wertvoller Teil
des Reiches, ist uns genommen worden. Eine über-
große Mehrheit der Bevölkerung hat sich trotz
aller Hemmungen und Drohungen für den Ver-
bleib beim Mutterlande ausgesprochen. Gegen
die Vernunft, gegen die Stimme des Herzens
hat sie die Entscheidung getroffen, die
Oberschlesien zerriss. Darum müssen
wir fest alles tun, um den deutschen Brüdern
jenseits der Grenze das Leben zu erleichtern.
Es ist unsere Pflicht, die rechtliche Grundlage
zu schaffen zur Erhaltung der deutschen Sprache
und Kultur in den nunmehr abgetrennten Ge-
bieten. Wir haben gegen die Vergewaltigung,
die uns geschah, vor der ganzen Welt Protest
eingelegt. Diese Verwundung wird in der deut-
schen Geschichte weiterleben. Die Vergewaltigung
und die Verletzung der deutschen Sprache und
Kultur, die einer fleißigen Bevölkerung
den Lebensboden entzogen, werden zeigen, was
deutsche Schaffenskraft diesem Lande gab. Wir
gedenken heute unserer unveräußerlichen
Rechte. Wir werden sie nicht
vergessen. Aber wir wollen vorwärts
schauen. Mit allen Kräften wollen wir Ober-
schlesien aufbauen, das für Deutschland so
wichtig ist, das unsere ganz besondere Sorge
erfordert. Und sie soll ihm gewiß sein. Dankbar
sind wir Oberschlesien für das Vertrauen, das
es uns durch das Ergebnis der Abstimmung
vom 3. September bekräftigt hat. Schwer hat
Oberschlesien zu ringen um sein Deutschsein
gegen fremde, mit reichen Mitteln ausgestattete
Verbündete. Den Oberschlesiern zu helfen, hat
der Reichspräsident die Aufgabe gestellt, der alle Kräfte
und Schätze unseres Volkes umfassen, sich zur
Aufgabe gestellt. Zeigen wir Oberschlesien und
der ganzen Welt, daß Deutschlands große Not
alle Glieder des Reiches nur fester miteinander
verbindet. Wir wollen uns aus gemeinsamer
Not emporarbeiten als ein einziges Volk. Es lebe
Oberschlesien! Es lebe Deutschland!

Nach dieser mit großem Beifall auf-
genommenen Rede erhoben sich die Anwesenden
von den Plätzen und sangen leise: „Deutsch-
land, Deutschland über alles!“ Der
preussische Ministerpräsident Braun sprach so-
dann im Namen der preussischen Staatsregie-
rung und der anderen Länder Oberschlesiens den
Dank für die Rede zu Preußen aus. Die
Abstimmung in Oberschlesien für Preußen hat
eine weit über die Grenzen des Landes hin-
ausgehende Bedeutung, weil sie eine Woge
in jene Bestrebungen darstellt, die das Ideal
der deutschen Einheit durch die Auflösung
Preußens zerstören wollen. Die ober-schlesische
Abstimmung hat gezeigt, daß dieses Land sich
im Rahmen des demokratischen Preußens an
seinem Platte hält. Oberschlesien gehört zu
Preußen, wie Preußen zum Reich gehört.
Deutsch sein heißt deutsch sein.
Die Abstimmung vom 3. September ist ein Be-
kenntnis zum Reich und zu Preußen. — Die
Glossen von Beethoven, nach deren zweiten Satz
die Anwesenden zu Ehren der für Ober-
schlesien gefallenen deutschen Helden erhoben,
schloß die würdige Feier.

Keine Einigung mit Belgien.

Boiss' Büro meldet: Die Besprechungen
mit den Vertretern der belgischen Regierung
in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit wurden
am Ende geführt; ein abschließendes Er-
gebnis wurde noch nicht erreicht. Wäh-
rend in wesentlichen Punkten eine Einigung
erzielt werden konnte, hat die Frage der Ver-
längerung der Laufzeit der Schieds-
gerichtsbarkeit über sechs Monate hinaus Schwie-
rigkeiten ergeben, da diese Verlängerung
nach Auffassung der belgischen Regierung über
den Rahmen der Entscheidung der Reparations-
kommission hinausgeht. Die belgischen Vertreter
sind nach Brüssel zurück, um ihrer Regierung

Bericht zu erhalten. Sie betrachten ihr oben
umschriebenes Mandat augenblicklich als be-
endet, was jedoch einer Wiederaufnahme der
Verhandlungen nicht entgegensteht.

Die belgische Delegation hat gleich-
falls ein Communiqué herausgegeben, das sie
den in Berlin weilenden ausländischen Journa-
listen zur Verfügung stellte. Es sagt überein-
stimmend mit dem deutschen Bericht: Ein Er-
gebnis konnte nicht erzielt werden. Obgleich
man über wichtige Punkte zu einer gewissen
Übereinstimmung kommen konnte, hat die Frage
der Verlängerung der Schiedsgerichtsbarkeit über sechs
Monate hinaus Schwierigkeiten ergeben. Denn
diese Verlängerung geht nach der Interpreta-
tion der belgischen Regierung über das Maß
der Entscheidung der Reparationskommission
hinaus.

Die belgischen Delegierten abgereist.

(TU) Sonntag nachmittag 2 Uhr sind die
belgischen Delegierten Delacour und Philipp-
son von Berlin nach Brüssel abgereist. Nach-
dem in Berlin angelangten negativen Antwort
der belgischen Regierung haben weitere Ver-
handlungen mit den Delegierten nicht mehr statt-
gefunden. Diese werden jetzt ihrer Regierung
zunächst Bericht über die Verhandlungen in
Berlin erstatten, und aus diesem Bericht wird
sich ergeben, ob ein Weg zu neuen Verhand-
lungen noch offen ist.

In Brüssel sagt man die Lage folgender-
maßen zusammen: Die belgische Regierung wird
heute nach der Rückkehr ihrer Delegierten aus
Berlin diese anhören und darauf von der
deutschen Regierung die Hinter-
legung einer Goldsumme bei einer
von ihr anzugebenden ausländischen Bank ver-
langen und für den Fall, daß Deutschland
dies verweigert, sofort der Wiedergutmachungs-
kommission die ganze Sache unterbreiten, die
daraufhin ein freiwilliges Versprechen über
Deutschlands feststellen wird. In ge-
wissen Kreisen ist man in Brüssel der Ansicht,
daß die Regierung vorläufig nur die Gold-
hinterlegung für die fälligen Zahlungen vom
15. August und 15. September, also 100 Mil-
lionen Goldmark, verlangen kann. Man ist
weiterhin in Brüssel der Ansicht, daß nach-
dem die belgische Regierung alles getan hat,
um die Sache auf verhältnismäßigem Wege zu re-
geln, es jetzt an der Zeit ist, energische
Maßnahmen zu ergreifen, um
Deutschland zur Zahlung zu zwin-
gen.

Dr. Wirth über die Reparationsfrage.

(TU) Am Sonntag nachmittag fand der
Empfang des ober-schlesischen Hilfsbundes beim
Reichspräsidenten statt. Zum Schluß hielt
Reichspräsident Dr. Wirth eine Rede, in der er
u. a. ausführte, die tiefe Bedeutung der Re-
parationsfrage liegt darin, den Gedanken des
Wiederaufbaues Europas und der Welt aus
den Händen der Nachgeplünderer hindüberzugeben
auf ein Gebiet, wo nützliche, wirtschaftliche,
vernehmerische Erwägungen die Vorherrschung haben.
Nun habe aber die belgische Regierung eine
Einigung in der Frage der Verlängerung der
Schiedsgerichtsbarkeit vorläufig unmöglich gemacht, weil
sie sich angeblich an die Entscheidung der
Reparationskommission halten müsse und über
die Laufzeit von 6 Monaten nicht hinaus-
gehen könne. Was hätten uns aber Schieds-
gerichtsbarkeit auf 6 Monate, die im Februar nächsten
Jahres, wahrscheinlich in der schwerigsten Zeit,
die Deutschland zu durchlaufen habe, fällig
würden. Noch einmal seien politische Er-
wägungen vor die ökonomischen getreten.
Deutschland und die deutsche Wirtschaft könnten
nur fragen, was ökonomisch möglich sei. Bis
diese Erkenntnis sich in Europa durchgerungen
habe, müsse Deutschland unter Zusammenwirken
aller Kräfte von Nord und Süd als einzige
Nation das im Vordergrund aller deutschen
Sorgen stehende Problem der Erhaltung des
Volkes zu lösen suchen.

Poincare redet weiter.

(TU) Bei der Gedenkfeier an die erste Marne-
schlacht hielt Ministerpräsident Poincare gestern
in Meaux eine Rede, in der er erklärte,
Deutschland habe ein Moratorium verlangt, das
die Reparationskommission nicht annehmen sollte.
Augenblicklich sei die französische Regierung
aber der Meinung, daß es Belgiens Sache sei,
sich mit Deutschland zu verständigen. Poincare
hofft, daß man die Reparationsfrage in ihrer
Gesamtheit zusammen mit der allgemeinen Rege-
lung der internationalen Schulden demnächst
erörtern werde. Er hielt es für nötig, noch-
mals zu betonen, daß Frankreich nach wie
vor auf seinen Forderungen an
Deutschland besthe. Es sei notwendig,
daß Deutschland, wenn nicht gutwillig,
dann gezwungen seine Verpflichtungen er-
fülle. Frankreich ebenso wie die übrigen Staa-
ten sei bestrebt, die europäische Solidarität auf-
rechtzuerhalten. Wenn aber diese Solidarität
das Interesse Frankreichs bedrohte, so müsse
Frankreich sich selbst helfen.

Smyrna eingenommen.

Ein in London aus Konstantinopel ein-
gegangenes drahtloses Telegramm meldet den
Fall der Stadt Smyrna. Nach einem
weiteren Telegramm auf demselben Wege haben
sich die Truppen der griechischen Salarmee nach
den Inseln Chios und Mytilene eingeschifft.
Eine offizielle Mitteilung aus Athen besagt,
der griechische Außenminister habe den italieni-
schen, englischen und den französischen Gesandten
in Athen gebeten, Vorbehalte für die Flüchtlinge
zu treffen.

Die Agentur Havas berichtet über die Ein-
nahme Smyrnas, daß die in der Stadt be-
findliche griechische Armee von
den Türken gefangen genommen wor-
den sei. Auch sei es den Griechen nicht
gelingen, das in Smyrna angehäufte
Kriegsmaterial zu retten. Mustafa
Kemal Pascha und eine Anzahl Mitglieder der
türkischen Nationalversammlung haben sich nach
Smyrna begeben.

Französische Kriegsschiffe nach dem Orient.

(TU) Von verschiedenen Seiten laufen Be-
richte des Inhalts ein, daß englische Truppen
an der Küste des Marmarameeres gelandet
seien. Dem Petit Parisien wird gemeldet, die
griechischen Behörden im Küstengebiet von Bigga
hätten die Gegend verlassen und seien durch
englische Kontingente ersetzt worden. Sollte sich
diese Nachricht bestätigen, so sei der Petit Pa-
risien zu der Erklärung ermächtigt, daß die
französische Regierung nicht zögern würde, auch
ihre eigenen Truppen in jene Gegend zu entsenden.
In Angora soll die Meldung von englischen
Truppenlandungen Erkennen hervorgerufen ha-
ben. Man nimmt in den dortigen maßgebenden
Kreisen an, diese Landung sei nur provisorisch.
Wie Havas aus Toulouse meldet, haben die
beiden Kriegsschiffe Mes und Strasbourg Befehl
erhalten, sofort Lebensmittel für eine längere
Reise an Bord zu nehmen. Es ist möglich, daß
die beiden Kriegsschiffe nach dem Orient ge-
schickt werden.

Italien um die Einstellung der Feind- seligkeiten bemüht.

Der italienische Geschäftsträger hat in
Paris eine Note seiner Regierung überreicht,
in der diese die französische Regierung er-
sucht, sich mit ihr und der englischen Rege-
rung zu verständigen und Vertreter zu einer
Konferenz in Venedig zu entsenden,
die die Grundlage für einen eben-
tuellen Vorfrieden zwischen Griechen-
land und der Türkei bilden soll und zu der
auch Vertreter Griechenlands und der Türkei
eingeladen werden sollen. Der italienische
Vorschlag erzielt die Einstellung der Feind-
seligkeiten. Um die Absichten der Konferenz
zu erleichtern, sind bereits einige Schritte
zur Erlangung von Waffenstill-
standsbedingungen bei der Regierung
von Angora unternommen worden.

Die Times prophezeien einen neuen Balkankrieg.

Die Times schreiben: „Moskau hat sich
bereits bereit, Angora zu begünstigen. Diese
Verbindung des rohen Barbarismus der
Türken mit dem degenerierten Barbarismus der
Sowjets ist eine Warnung für die zivilisierten
Völker des Westens. Das britische Publikum
wird die Erklärung der Regierung begrüßen,
daß sie unter keinen Umständen irgend einem
Schritt zustimmen werde, der die Freiheit der
Meerengen in irgend einer Weise berührt. Diese
„Freiheit der Straße“ war eins der Dinge,
für die wir gegen die Türkei in den Krieg
zogen, und es steht außer Frage, daß wir
nicht wieder aufgeben werden, was wir ge-
wonnen haben. Die siegreichen Kemalisten wer-
den wahrscheinlich selbst Konstantinopel be-
scheiden, und es ist beinahe sicher, daß sie
(was inzwischen geschehen ist. D. Red.) die
Thrazien fordern werden. Forderungen dieser
Art muß aber energisch entgegengetreten wer-
den. Gäbe man Konstantinopel an die Türken
ab, so würde man ihnen den Schlüssel zu
der Straße geben, und ihre Rückkehr nach Ost-
Thrazien würde einen neuen Balkan-
krieg herbeiführen. Der halbamtliche
Daily Chronicle schreibt: „Die Frage der Kon-
trolle der Meerengen kann der Prüfung werden
für die Frage, ob das Fortbestehen einer wir-
kungsvollen Entente mit Frankreich möglich ist.
Frankreich und England sind die beiden großen
Mächte, die die mohamedanische Welt be-
herrschen, und wenn eine von ihnen den Panis-
mus dieser Welt gegen die andere Macht
aufstellt, würde sie in ihrer Politik eine ver-
hängnisvolle Beschränkung zeigen.“

Der Lebensmittelhandel und die Teuerung.

(TU) Der Verband deutscher Großhändler
der Nahrungsmittelbranche, der Reichsverband
deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhän-
dler und der Reichsverband deutscher Feinkost-
kaufleute hatten die Vertreter der Berliner
Presse zu einer Erörterung der Teuerungss-
frage geladen. Von der Interessengemeinschaft
wird u. a. erklärt: Evtl. wirksame Maßnah-
men zur Bekämpfung der Lebensmittelnot und
Teuerung seien Verwendung überzähliger un-
produktiver Staats- und Verwaltungsmittel
zu produktiver Arbeit, Stabilisierung der Mark
durch gesunde Lohnregelungen und Revision
des Friedensvertrages.

Sozialistische Demonstrationsver- sammlungen gegen die Teuerung.

(TU) In München fanden vier sozialistische
Versammlungen statt, in denen zur gegenwärtigen
Teuerung Stellung genommen wurde.
Referent einer dieser Versammlungen war der
Erste Bürgermeister Schmidt. Als die Ursachen
der Teuerung bezeichnete der Redner den Ver-
lorenen Krieg, den Zwangsfrieden mit den
Reparationen, das Währungsseil, den Zwang
zum Einkauf von Rohproduktion in valuta-
starken Ländern, die Dollarkurschwäche usw.
Nachdruck wies er darauf hin, daß die Lage
durch Putsch und Krawalle nicht
gebeßert werde, sondern nur durch ge-
meinsame Pflichterfüllung, durch energisches
Zugreifen der Reichs- und Landesregierungen,
die ganz besonders gegen jene Firmen vor-
gehen müssen, die auch an die inländischen
Abnehmer nur noch in ausländischer Währung
verkauften wollen. Angesichts des selbst von
der „Staatszeitung“ befürworteten Reichspu-
sches nehme das Ministerium Versehen, seine Zu-
flucht zu den werkschließenden Massen. Diese wür-
den zur Stelle sein, wenn es gelte, die Rechte
der Republik zu wahren. In den übrigen
Versammlungen traten als Referenten auf der
Vizepräsident des Landtages Bauer, der Sena-
torsabg. Thimm und der Reichstagsabg. Gru-
ber. In allen Versammlungen wurde eine
Entschließung angenommen, in der die unum-
gänglich notwendigen Maßnahmen im Kampf
gegen die Teuerung eingehend behandelt
wurden.

Anfang Oktober Verhandlung gegen die Rathenaumörder.

(TU) Wie bereits gemeldet, tritt der Staats-
gerichtshof zu einer Konstituierung am 19. Sep-
tember im Reichsgerichtshof zu Leipzig zusam-
men. Er wird, wie das „Leipziger Tageblatt“
meldet, in diesen Tagen auch zugleich gegen den
Mordmörder Franz aus Potsdam, den Flei-
schermeister Robert Preussner aus Stendal und
den Schriftleiter Paul Vogt aus Bremen
verhandeln. Die Angeklagten sind beschuldigt,
die Reichsflagge beschimpft zu haben. Demge-
genüber erfahren die „Leipziger Neuesten Na-
richten“ von zuverlässiger Seite, daß nach der
Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichts-
hofes durch den Präsidenten Dr. Hagen höchst-
wahrscheinlich einige Beschuldigten, die die Ver-
waltungsmaße betreffen, zur Verhandlung
kommen werden. Mit der Aburteilung der zu-
erst in Aussicht genommen gewesen seien
fällen sei nicht zu rechnen. Vielmehr werde
in der ersten öffentlichen Sitzung voraussicht-
lich Anfang Oktober gegen die Rathenaumörder
verhandelt werden.

Kleine Nachrichten.

Eine Betriebsrätekonferenz von
Großberlin, zu der über 6000 Betriebsräte
erschienen waren, beschloß, trotzdem der Vorfall
des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes erklärt
hatte, er werde keinen Betriebsrätekongress ein-
berufen, die Einberufung eines solchen für den
22. Oktober.
Die tschechisch-böhmische Dampf-
schiffahrtsgesellschaft stellt, weil sie zur
Aufrechterhaltung der Elbschiffahrt deutsche
Steinbohle nicht erhalten kann, den Betrieb
auf der Oberelbe voraussichtlich am 17. d. ein-
stellen. Gestern nachmittag kam es in Rattowitz
zu neuen Lebensmittelunruhen. Die
auf dem Markt befindlichen Verkaufsstände wur-
den geplündert.
Die von den sozialistischen Blättern über-
dementierte Nachricht von der Ver-
schmelzung der „Freiheit“ mit dem
„Vorwärts“ findet nun ihre Bestätigung.
Die „Freiheit“ stellt mit Ende September ihre
Erscheinung ein.
In der vorvergangenen Nacht wurde das
in die Helsen am Ufer der Saale bei Giebichen-
stein bei Halle eingebaute Denkmal Kaiser
Friedrichs durch unbekannte Täter zer-
stört.
Ein jerbischer Student feuerte in Paris
vor dem Elyseum einen Revolver-
schuß ab angeblich zum Protest dagegen, daß
Millerand ihm auf sein Unterstüßungsge-
such nicht geantwortet habe.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 11. Sept. (Verschiedenes.) Eine Warnung der Jugend vor den Gefahren des Bahnbetriebes haben einzelne Schulverwaltungen erteilt. Man glaubt, daß neuerdings sich die Unfälle durch Zerstörung oder Verletzung von Eisenbahnen, besonders Kindern, mehrten, die sich in der Nähe der Bahn aufhalten und beim verbotenen Aufsteigen auf dem Bahnkörper oder Überschreiten der Gleise durch Züge überfahren werden. So, es wurden sogar Unfälle auf Nebenbahnen dadurch herbeigeführt, daß schulpflichtige Kinder beim Viehhüten Ställe auf die Schienen gelegt haben. Wenn auch die Eisenbahnverwaltungen jeden derartigen Fall den Gerichten übergeben, so sollen die Lehrer in den Unterrichtsstunden von Zeit zu Zeit die Kinder auf die Gefahren aufmerksam machen, die durch unüberlegte, leichtfertige Handlungswiese entstehen.

Der Dollar setzte Freitag zu Beginn der Börse mit 1325 Mark ein und stieg bis auf 1430. Holland 51400 Mk., London 5900 Mk., Schweiz 26050 Mk., Paris 10300 Mark. Stockholm 34300 Mk. Unter Aussetzung des Marksturzes wurden an der belgischen und holländischen Grenze die deutschen Geschäfte von valutarischen Ausländern fast vollständig ausgekauft. Viele Läden waren genötigt, zu schließen, weil keine Waren mehr vorhanden waren. Die vor einigen Tagen vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz erlassene Verfügung über die Beschränkung des Einzelhandels für Ausländer erwies sich als wirkungslos, da die Fremden die Einkäufe durch Deutsche bezogen lassen.

Aus dem diesjährigen Verwaltungsbericht der Berggewerkschaftskasse zu Bochum werden über die persönlichen Verhältnisse der die Bergschule verlassenden Schüler wieder Angaben gemacht, die in weiteren Kreisen nur wenig bekannt sind. Von der Oberklasse gingen mit der Befähigung zum Betriebsführer 93 Schüler ab. Diese hatten ein durchschnittliches Lebensalter von 30 Jahren und waren im Bergbau durchschnittlich 14 Jahre beschäftigt. Die meisten von ihnen hatten die Bergvorschule besucht. Von diesen Besuchern der Oberklasse — nur die fähigsten und tüchtigsten Bergschüler erreichen dieses Ziel — entstammten etwa die Hälfte Bergarbeiterfamilien, während die übrigen je zur Hälfte Söhne von Gruben- und von Nichtbergleuten waren. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Unterklassen. Diese erfreulichen Zahlen beweisen, wievielen Bergmannsöhnen es tatsächlich gelingt, durch Fleiß und Tüchtigkeit sich zu hohen Stellungen emporzuarbeiten. Das schöne Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ ist immer der Leitgedanke der Berggewerkschaftskasse in Bochum gewesen, deren Schulen von jeher jedem fleißigen, fähigen Bergmann unentgeltlich offenstanden.

(Staatliche Anerkennung für jubelnde Gesangvereine.) Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat als staatliche Anerkennungen für jubelnde Gesangvereine drei künstlerische Gedendblätter gestiftet, die an Männer-, Frauen- und gemischte Gesangvereine auf Antrag aus Anlaß des 50., 75. und 100jährigen Jubiläums verliehen werden. Gesangvereine, die seit dem 11. Juni 1921 eines dieser drei Jubiläen gefeiert haben, können auf Antrag die Gedendblätter nachträglich verliehen werden. Mit dieser Regelung ist ein seit langer Zeit gehegter Wunsch der in Betracht kommenden Kreise in Erfüllung gegangen. Voraussetzung für die Verleihung ist, daß der Verein sich in jahrelanger eifriger und erfolgreicher Arbeit überwindend der Pflege des Chorgesanges und des deutschen Volksliedes gewidmet hat.

(Verdopplung der Aufbewahrungsgebühren für Handgepäck.) Die Aufbewahrungsgebühren für Handgepäck müssen vom 1. Oktober 1922 an ebenso wie die Personen- und Gepäcktarife eine Erhöhung erfahren. Bei dem jetzigen Satz von 3 Mark für jeden Tag der Aufbewahrung müssen bei der heutigen Preiserhöhung bereits Zuschüsse zur Miete, Heizung, Beleuchtung der Räume, die für die Gepäckaufbewahrung nötig sind, und zum Lohn der erforderlichen Arbeiter geleistet werden. Es läßt sich deshalb eine Erhöhung auf das Doppelte nicht umgehen, so daß die Aufbewahrungsgebühren für Handgepäck vom 1. Oktober 1922 an 6 Mark für jeden Aufbewahrungstag betragen werden.

Muna, 11. Sept. (Blitzableiter-Platinspitzen gestohlen.) Diebstahlsfreudigkeit steigt auf Dächer, und zwar im wahren Sinne des Wortes! Am Donnerstag bemerkte man, daß auf dem Dache des hiesigen evangelischen Gemeindehauses die Blitzableiter verborgen waren. Als man daraufhin diese einer näheren Untersuchung unterzog, mußte man die Tatsache konstatieren, daß die wertvollen Platinspitzen abgegraben und gestohlen worden waren. Leider war nicht mehr festzustellen, wann etwa dieser Diebstahl ausgeführt sein mußte, sodaß man bisher noch keinen Anhaltspunkt für die Spur des bzw. der Täter haben kann. Der Wert des gestohlenen Edelmetalls wird mit 30 000 Mark angegeben.

1. Oktober, 9. Sept. Ein Nahrungsvorhaben verläßt ein betagtes Ehepaar hier durch Einatmen von Leuchtgas Selbstmord.

**** Barmen, 9. Sept. (Eine dunkle Geschichte.)** Bei der hiesigen Polizeibehörde meldete sich eine Frau, die angab, in Bönn-Mühlheim von einem unbekannten Manne angebrochen und mit Hilfe eines Chauffeurs in ein Auto genossen und entführt worden zu sein. In der Nähe Barmens sei es ihr gelungen, dem im Auto ihr gegenüberstehenden Manne ein Dolchmesser, das er neben sich liegen hatte, in den Unterleib zu stoßen, sodaß er lautlos zusammengebrochen sei, und sich aus dem Auto zu entfernen, ohne daß der Chauffeur etwas von ihrer Tat und ihrer Flucht bemerkt habe. Die Frau, die wie die Polizei hervorhebt, einen glaubwürdigen Eindruck macht, schildert den Entführer als einen

Mann von 40-45 Jahren mit grauem Haar, Kopfhaar und gleichem Stütz- und Schnurrbart. Das Auto war grün lackiert, die Fenster mit gelben Gardinen und das Innere mit grünem Plüsch ausgefächelt.

Verfassungsgebende Kirchenversammlung.

Bekenntnisfrage.

Der Bischofpräsident des Oberkirchenrats D. Dr. Kasten verteidigt die Fassung der beiden Denkschriften und die Denkschrift des Oberkirchenrats gegen die Kritik des General-superintendenten Böllner, der in dem Anschluß erklärt habe, in der Sache sei man einig, nur über die Zweckmäßigkeit uneinig. Er legt den evangelischen Glaubensbegriff dar. Die evangelische Kirche betone den persönlichen Glauben und den Gehalt der Lehre. Rektor Granzowler nimmt zu dem Bekenntnisvorspruch als Vertreter evang. Lehrer und Lehrerinnen, evang. Schulgemeinden, Stellung. Er verlangt ein klares, unzweideutiges Bekenntnis, denn der Kampf um die Schule sei ein Kampf zwischen Glaube und Unglaube. Er sei für eine evangelische und nicht für eine weltliche oder Simultanschule. Die Schmitz (Kriegl. Aufsicht) stellt als gemeinsamen Boden die gemeinsame Schule und den gemeinsamen Segen fleischer Vergangenheit und die kirchliche Zusammengehörigkeit fest. Ein Ausweg aus der jetzigen Lage sei entweder die einmütige Annahme einer Verständigungsformel oder ein Verzicht. Der letztere führe entweder zur Trennung oder zur Erkenntnis der gegenwärtigen geistigen Armut. Er selber würde sich jeder Abstimmlung, bei der die Mehrheit entscheiden sollte, enthalten. Dr. Philipp wendet sich gegen die Ausführungen der abweichenden Redner und erklärt, daß die Mehrheit der Rechte wohl in der Form aber nicht in der Sache der Fassung des Bekenntnisses zu Verhandlungen geneigt sei; einen Verzicht lehne sie ab, ebenso wolle sie durch diesen Verzicht eine heilige Bindung, die er persönlich durch ein besonderes nicht engherziges Geleit für nötig erachtet. Professor Dr. Schröder spricht für den Antrag von Berg und hofft, durch ihn eine Verständigung herbeizuführen. Professor D. Eger-Halle spricht über die Bedeutung des Evangeliums in der Fassung der beiden Denkschriften.

Professor D. Eger führt weiter aus, daß das Evangelium die frohe Botschaft von der Gottesliebe sei und die Beugung unter den Willen Gottes nicht aber eine bestimmte Bekenntnisformel wolle, sondern Einigkeit in dem Glauben, der da heißt: Christus. Der letzte Redner des Vormittags Prof. D. Hausleiter-Greifswald tritt mit großer Wärme für die Fassung des Ausschusses ein. Greunde und Vertreter der Gemeinschaften, Abg. Gers und Littel-Dörpeken, ebenso Gennes-Köln und Frau Hoffmann wenden sich in temperamentvoller Form gegen die Ablehner der Fassung des Ausschusses und verlangen ein klares, eindeutiges Bekenntnis. Gräfin Frey (Freie Volkskirche), spricht für die Fassung der Denkschriften, vor allem als Religionslehrerin und erinnert daran, daß diese Fassung dem Deutschen Kirchenbunde genügt habe und darum auch für die Preussische Landeskirche nicht zu schlecht sei. Freiberger von Soden (Freie Volkskirche) hebt noch einmal die Rechtsfragen hervor und unterscheidet zwischen einem Bekenntnisakt und einer Bekenntnisformel; für den ersteren wäre auch er zur Hand. Professor D. Scholz wünscht eine Erklärung für den Konfessionalismus der Gemeinschaftsvertreter und erinnert an das Beispiel der Brüdergemeinde. Abg. Michaelis als Führer der Gemeinschaften kann einen Konfessionalismus nicht zugeben, hält auch eine Mehrheitsabstimmung nicht für unangehörig und tritt noch einmal mit großer Entschiedenheit für die Fassung des Ausschusses ein. Abg. Reinhard wendet sich mit Belegen aus der Augsburger Konfession gegen die Vorlage.

Zu Art. 4 sind 6 Voträge eingereicht. Art. 1 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Der Antrag Siebel, der das allgemeine Priestertum verfassungsmäßig ausgedrückt haben will, wird angenommen. Die Beratung des Artikels 5 wird um 12 Uhr unterbrochen und die Abstimmung des Bekenntnisvorspruches begonnen. Der Antrag Quistorp wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Voträge Kahl und Madede auf Wiederherstellung der Fassung der beiden Denkschriften werden in namentlicher Abstimmung mit 134 gegen 71 bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt. Ebenso der Antrag von Berg mit 146 gegen 58 bei 2 Stimmenthaltungen, ebenso die Fassung des Verfassungsausschusses mit 126 gegen 78 mit 2 Stimmenthaltungen. Der 2. Absatz der Einleitung wird ohne Gegenstimmen angenommen. Darauf berät die Versammlung über Artikel 5 weiter.

35. Verbandstag des Verbandes Deutscher Post- u. Telegraphenbeamten.

Der die Mehrzahl der Beamten des mittleren Post- und Telegraphendienstes umfassende Verband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hält vom 11. bis 13. September in Berlin seinen 35. Verbandstag ab, zu dem Vertreter aus allen Oberpostdirektionsbezirken angemeldet sind. In der Hauptsache wird sich die Tagung mit der seit langen Jahren im Vordergrund stehenden Postzivilantwärtfrage beschäftigen. Bekanntlich sind die Postzivilantwärt, wie wiederholt auch amtlich anerkannt ist, durch die neue Besoldungsordnung in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung anderen Beamtenklassen gegenüber auf das allerschwerste benachteiligt und zurückgesetzt worden. Nach dem durch die neue Personalordnung der Postbahnen des unteren und mittleren Dienstes geregelt worden sind, warten die Postzivilantwärt immer noch auf die Wiedergutmachung des alten Unrechts, d. h. auf ihre Gleichstellung

mit den Postzivilantwärtbeamten der anderen Verwaltungen. Nicht nur allgemeine rechtliche, sondern auch öffentliche Gründe machen die rasche Erfüllung dieser Forderung notwendig; denn ein nach allen Seiten hin wirksamer Wiederaufbau unserer Reichspost ist nur möglich mit einem in ihren berechtigten Ansprüchen befriedigten Personal. Im Zusammenhang mit dieser personalpolitischen Frage wird sich der Verbandstag mit der Verschmelzung mit dem Postzivilantwärt-Bunde zu befassen haben. Im übrigen wird die im Augenblick im Vordergrund der öffentlichen Erörterung stehende Übernahme von Postbeamten in den Reichsfinanzdienst Gegenstand eingehender Beratungen bilden. Neben sonstigen Personalangelegenheiten, Stellung der Amtsvorsteher, der Beamten, der technischen Beamten usw. werden die durch die neueste Organisationsbewegung innerhalb der deutschen Beamenschaft notwendigen Maßnahmen sowie die auf den inneren Ausbau des Verbandes hinführenden Notwendigkeiten behandelt werden.

Weitere Nachrichten.

Die angebliche Verlobung des früheren Kaisers mit der Prinzessin Hermine zu Carlsburg-Weihen, geborene Prinzessin Meiß a. V., scheint sich nicht zu bestätigen. Der „New York Herald“ erhielt nämlich auf ein Telegramm, das er nach Schloß Doorn sandte, um eine Bestätigung über die Verlobung des früheren Kaisers zu bekommen, vier Stunden später die Antwort, worin der Ratgeber des Kaisers erklärte, daß von einer Verlobung nichts bekannt sei.

Eine großzügige Schenkung. Frau Emilie Woffe schenkte der Stadt Berlin das Erziehungsheim Emilie-Wulff-Woffe-Stiftung für 100 Knaben und Mädchen in Wilmersdorf mit gesamten Inventar usw. Der Magistrat nahm die Schenkung vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung an.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit denen Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingefandt.)

Kamen, 11. Sept. (Bericht: Feuerungsmaßnahmen für Mittlere Kreise.) In letzter Zeit rauchte der deutsche Blätterwald flüchtig von den „Siegens“ des Staates, welche derselbe den bedauernswerten Kriegssopfern zuteil werden läßt. Selbst die in Betracht kommenden Kriegssopfer können, nicht etwa über die Gutmitigkeit des Vater Staates, sondern weil sie als die traglichen Personen genannt wissen, ob die Feuerungsmaßnahmen schon begonnen haben, und wer eigentlich bezugsberechtigt für Feuerungsmaßnahmen ist. In Wirklichkeit erhält nur eine verschwindend kleine Anzahl von Kriegsbeschädigten Feuerungszuschüsse. Wir Kriegsopfer wissen ganz genau, was der überhörschliche Redeschwall in den Zeitungen über die sogenannten Feuerungsmaßnahmen bedeutet soll. Unseres Erachtens bedeutet dieses Theater nichts anderes als eine Irreführung der Deffentlichkeit, auf Kosten der Kriegssopfer. Zum Beweis führen wir an: Zu Anfang der Fassung der sogenannten Feuerungsmaßnahmen, als der Blätterwald mit dieser Sensation florierte, stellten die Spitzenorganisationen der Kriegsopferverbände gelegentlich einer Sitzung im Arbeitsministerium, dort selbst die Anfrage, wer die Kosten für diese Zeitungsnotizen trüge? Antwort: Der Vertreter des R.-L.-M. erklärte, daß diese (die damaligen) Notizen aus Kriegsopfer-Mitteln bestritten worden seien. Wenn man nun bedenkt, daß die geleisteten Blätter unseres deutschen Landes Auftrag und Bezahlung in dieser Angelegenheit von der in Betracht kommenden Regierungsstelle aus Mitteln der Kriegsopferfürsorge erhielt und dagegen den Kreis der Anspruchsberechtigten bestrahlt, dann kann man das Vorgehen dieser Art nur dahin auslegen, daß nichts anderes geplant war, als eine wissenschaftliche Irreführung der Deffentlichkeit über die Verjorgung der Kriegsopfer. Wer erhält nun den Feuerungszuschuß? Das muß einmal im Interesse der Wahrheit gesagt werden. Berechtigt zum Empfang der Zuschüsse sind nur diejenigen Kriegsopfer, welche gänzlich erwerbsunfähig sind, oder aber die Bezüge der Erwerbslosen-Fürsorge nicht erheblich übersteigen. Jeder Erwerbslose jedoch weiß, daß bei diesen Bezügen er es sich noch überlegen muß, ob er sterben darf, weil er nicht weiß sein Totenhemd zu bezahlen. Kurz, in Kamen werden es höchstens 3 Kameraden sein, die den Zuschuß erhalten. Darum möchten wir bitten, die Auftraggeber im Interesse der Wahrheit mit der Berührung tut feinsten gut, nicht vielmehr nur dem Auftraggeber. Ein Wort noch dem Zentralverband: Es ist nicht schön, wenn eine Organisation in auffallender Weise den Kriegsopfern weismachen will, daß sie als die einzigen Rettenden sind. Die Mitglieder des Einheitsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und -Hinterbliebener (Eid Leipzig) der Ortsgruppe Kamen wissen, was ihre Organisation für sie geleistet hat, treten aber bescheiden zurück und überlassen anderen das Prahlern, arbeiten dafür aber mehr im Interesse der Kriegsopfer. Nächste Versammlung: Bericht über die Reform des Reichs-Verjorgungsgesetzes.

Einheitsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und -Hinterbliebener e. V. (Eid Leipzig). Ortsgruppe Kamen.

(Eingefandt.)

Kamen, 11. September. Wer schönen Fensterlich und will sehen, muß durch die Weichstraße gehen.

Wetterbericht.

12. Sept.: Teils Wolken, teils Sonne. Angenehm.
13. Sept.: Wenig verändert.
14. Sept.: Sonne, Tags ziemlich warm.
15. Sept.: Wenig verändert.
16. Sept.: Raum verändert.

Solche Kinder gedeihen wirklich, deren Ernährung durch Nestlé's Kindermehl geregelt ist. Es ist ein milchhaltiges Nahrungsmittel, hergestellt aus der Milch karger und Gebirgsfische, Zuder, Salz und Weizenweizenpulver usw. Dabei ist es trotz seines sehr hohen Nährwertes so leicht verdaulich, daß es schon von Kindern im zartesten Alter vollständig verdaut und auch auf die Dauer gut vertragen werden kann. 1758

Studienrat Tschiersch und Frau Hetty geb. Panhoff zeigen die Geburt einer Tochter an.
Kamen, den 9. September 1922.

Grasbernt
Haus Belmede
Diensttag, den 11. Sept., nachmittags 4 Uhr, soll im Besticker - Gassennummerweise, meistend verkauft werden.
Löbdinghausen.
3340 Widdom.

Rnnkelrüben Verkauf
Heil.
Freitag, den 15. Sept., nachmittags 5 Uhr, soll im Besticker - Gassennummerweise, meistend gegen Barzahlung verkauft werden.
Heil.
Brüggemann.

SOWA
Fette, gesunde Schweine
erzigt man durch
Erhöht die Fleischkraft, verhindert Knochenweichheit. Unentbehrlich für Ferkel und Mastschweine.
Pat. 16. - 29. - 73. 142.
In Kamen:
Loh-Drog. B. Altmann
S. P. Schiel, Drogerie
Str. Jacobi, Germ.-Drog.

Flaschen
zu konkurrenzlosen Preisen kauft und holt ab
W. Rümpfer,
Weinhandlung.
Telephon 39.

Flechte
Meine Frau war über 60 Jahre in einer häßlichen Flechte.
Ich behaltete mein gelundes Flechten hatte sie auf dem Reibe durch Zucker's Patent-Medizin-Salbe wurden die Flechten in 8 Wochen beseitigt. Die Salbe ist zu finden unter „F.“. Dazu Zucker-Creme nicht fälschend und feilhaltig. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.
In Kamen in der Germania-Drogerie, bei Herrn. Jakob, Filiale: Bergkamen und Löwen-Drogerie

Junge oder Mädchen
für leichte Arbeit der Apotheke für oder später gesucht.
Kode, Apotheken.
Wegen Erkrankung der jetzigen Suche für ein tüchtiges, sauberes Mädchen.
Frau E. Eichenwald, Werra, Markt.

Alle Familien-Drucksachen
als:
Verlobungskarten und Verlobungsbriefe, Hochzeitseinladungen und Hochzeitszeitungen, Tischkarten und Menüs, Tafellieder, Vermählungskarten, Geburtsanzeigen, Trauerbriefe und Trauerkarten, Schleifen, Danksagungen, Visitenkarten, Gratulationskarten usw.
Liefert in sorgfältiger Ausführung schnellstens die Buchdruckerei
Kamener Zeitung.

Den (W
in Ge
heute
im M
Der d
Brenn
den A
polnif
fchul
gier
Unte
der
und i
lich
allein
des
befch
daram
würf
halt
Regte
gehen
Galt

Es kam sein, daß Sene recht hat, er ver-
steht's nicht. Aber gekörten ist der stehne dann
in bod, und jetzt, wo alles vorüber ist, fließt
Giebel immer wieder das güt so für, wie
Sene mit dem Guitl am Stod des stodes gekörnt
ist und eisigoden aufstir, als er entrat. . .

Und bielebe ist sie auch immer wie fester.
Die Magdalen seit dem Tag. Es ist ehones
Gemes, Uebdrates an ihr, das er sich nicht
zu denken wolle.

„Ei mit thant, Mop das Schickal! mocht
 sie mit bedenken, die dret bu brühen! Und
 fertigen wollen sie nit mit Gewalt. Also
 das laffe ich nit! Also wolt denn gemorden an
 dret Schickalichait ohne nit? Also schau
 hüthen sie die Zogeloves, im Elend sitzen iden
 sie tag!“

„Das sagt — du! Also so weit hat's noch
 lange nit mit dem Schickal, wie du nit chege
 redet hat bequamt. Und das schaffet nit ein
 gesien, Martha; wie du ausgehetest. hal-

Erkrankungen, welche die einen das Leben und die Gesundheit der andern bedrohen, zu heilen und zu verhüten vermögen. Man hat daher mehrere kaisersüßige aus größeren höflichen mit spezial gehaltenen Schminkebüchern veröffentlicht, die eine ihrer inneren Seite außerdem noch in eleganten handschriftlichen Briefen. Mit Hilfe des Schminkebuches kann es möglich, nach der des Schminkebuches auf dem Kaiser zu gehen, ohne eine schändliche und durch entsetzliche Mangelungen zu zürnen. Darüber dient hier, in solchen Fortsetzung, und zur Vermählung leidenden Menschen.

hervor, ungenügend, unter die
beiden besten Schläge, empfehl-
teile immer noch die einseitigen.
Seine größte Stieglitz in den Gun-
wurde erst erreicht, als i. 3.
regung des um die Spierbezüge an-
behalten, Gabelmüllers a.
b. Scholmer hat inoffizielle 38
gerichtet wurde. Es wurde e-
Zugkraftmittel (Fehlzeit) das ein-
hieses und eines Gleichzeitiger
waren für die Delegation: Engi. 3
modernem, Döbnerger in die

[illegible]

oben den Dr. eines Mannes, der einen be-
trübsneten, hochgeliebten
Bengel, den er beglückte,
zu einem
Gefährten am
Festungs-
ausgänger,
führte, und dort
mit ihm auf-
prompte das Bänkelein.

Spaltrohm der
Strenghalt
Missbegie,
ber sich einia
ne, Geur, nos
n, „Das ist
n, erntheite
Sibung. —
berst, für die
n, „eingeneie